

Handreichung für den Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät

Der Antrag ist schriftlich bei der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät zu stellen (§ 11 der Promotionsordnung).

Dem Antrag sind beizufügen:

- der Nachweis über die Annahme zur Promotion
- drei gleichlautende Exemplare der Dissertation (§ 13) sowie eine ausführliche deutschsprachige Zusammenfassung bei fremdsprachigen Dissertationen (§ 13 Abs. 1)
- die folgende eidesstattliche Versicherung: „Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.“
- eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden darüber, dass sie oder er die Dissertation nicht bereits in einem anderen Verfahren zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht hat
- ein Lebenslauf der Doktorandin oder des Doktoranden, der insbesondere über den Bildungsgang Aufschluss gibt
- ein amtliches Führungszeugnis, nicht älter als drei Monate; bei Ausländern ein von der Universität Bayreuth als gleichwertig anerkannter Nachweis (z.B. Auszug aus dem Strafregister des Heimatstaates, Leumundszeugnis oder vergleichbare Urkunde). Bei Mitgliedern der Universität Bayreuth kann auf das Führungszeugnis verzichtet werden
- eine Erklärung über die von der Doktorandin oder vom Doktoranden gewünschten Prüferinnen oder Prüfer
- ggf. den Bescheid über die Zustimmung der Promotionskommission zur Abhaltung der mündlichen Prüfung in einer Fremdsprache
- ggf. Anträge gem. §§ 25 und 26 (besondere Belange oder besondere Lebenssituation)
- die Betreuungsvereinbarung gem. § 7
- die elektronische Fassung der Dissertation sowie eine Einverständniserklärung der Doktorandin oder des Doktoranden, dass die elektronische Fassung der Dissertation unter Wahrung ihrer oder seiner Urheberrechte und des Datenschutzes einer gesonderten Überprüfung hinsichtlich der eigenständigen Anfertigung der Dissertation unterzogen werden kann
- eine Einverständniserklärung der Doktorandin oder des Doktoranden, dass bei Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens Untersuchungen durch universitätsinterne Organe der wissenschaftlichen Selbstkontrolle stattfinden können

- eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden darüber, ob gegen sie oder ihn wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens ein Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig ist
- eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden, dass sie oder er keine gewerbliche Promotionsvermittlung und -beratung in Anspruch genommen hat oder nehmen wird.